

1346/AB

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Johann Ewald Stadler und Kollegen haben am 30. Oktober 1996 unter der Nr. 1397/J-NR/1996 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die Politik der Bundesregierung gegenüber dem Links-Terrorismus in Österreich gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat :

„1. Haben Sie tatsächlich die Linie dieser Politik mit dem Herrn Innenminister, seinem Büro, dem Herrn Schramek selbst oder sonstigen Vertretern der SPÖ abgesprochen?

2 . Glauben Sie, daß die von Österreich gepflogene Politik gegenüber linken Terror-Organisationen, insbesondere gegenüber der PKK und der ERNK, der Solidarität entspricht, die europäische Nachbarstaaten, in Sonderheit die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik, die die Hauptleidtragenden des roten Terrors der PKK sind - und die beide deswegen bereits gezwungen waren, die PKK und deren Unterorganisationen zu verbieten - mit Fug und Recht von einem befreundeten EU-Land erwarten dürfen?“

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.) Nein. Insoweit unter "Linie dieser Politik" die in der Einleitung zur Anfrage genannten Elemente zu verstehen sind, handelt es sich dabei teils nicht um einen Gegenstand der Vollziehung des Bundes, teils um nicht in die Zuständigkeit des BMaA fallende Fragen.

Im übrigen ist das BMaA maßgeblich dafür eingetreten, die für den 29.07. bis 01.08.1995 in Wien geplante Tagung des sogenannten kurdischen "Exilparlaments,, zu verhindern. Das BMaA unterhält keine Kontakte zur PKK.

Zu 2.) Österreich kommt seinen Verpflichtungen aus für Österreich bindenden internationalen Normen zur Bekämpfung des Terrorismus nach und wird diesbezüglich auch von keinem Mitgliedsstaat der EU kritisiert.